

Eübeder Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Eübeder Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Feiertagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 3.00, monatlich 1.00 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgepaßene Postzelle oder deren Raum 35 Pfg., Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 25 Pfg., auswärtige Anzeigen 45 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 27.

Freitag, den 1. Februar 1918.

25. Jahrg.

Denk es, o Deutschland!

Die tiefe Bewegung, die heute durch die Völker der ganzen Welt geht, soll nicht mißdeutet, nicht zu volksfeindlichen Zwecken mißbraucht werden. Es ist zu viel verlangt, daß die Seismographen, deren Beruf es ist, das Erdbeben zu verzeichnen, in Deutschland stillstehen sollen, wenn sich die ganze übrige Erde in Krämpfen windet. Solchen Erscheinungen gegenüber ist ruhige Beobachtung eher am Platze als kopflischer Wärm, der die Panik vermehrt.

Der Staatssekretär im Reichsamt des Innern, Herr Wallraf, hat im Hauptausschuß noch einmal das Dichterwort des Genossen Karl Bröger zitiert, „daß dein ärmlicher Sohn dein getreuester war“, aber er hat es nicht vollständig zitiert. Es lautet: „Herrlich zeigt jetzt deine größte Gefahr, daß dein ärmlicher Sohn auch dein getreuester war. Denk es, o Deutschland!“

Das Wort bleibt stehen für alle Zeit. Als sich Deutschland in seiner größten Gefahr befand, da waren es die schweligen Fäuste, die es — ohne zu fragen, wie das alles gekommen war, ohne darüber zu fragen, wie man sie vorher behandelt hatte — aus dieser Gefahr herausgerissen. Damals war es Lord George, der zu englischen Arbeitern sagte, Deutschland verdanke seine Erfolge nicht als Hindenburg und Ludendorff der Masse seiner Arbeiter. Herr Wallraf hat pflichtgemäß die Gefahren herangezogen, die dem Deutschen Reich aus der Zerbrechung seiner inneren Front auch jetzt noch erwachsen könnten. Wenn diese Gefahren heute längst nicht mehr so groß sind wie früher, wenn im Osten kein Feind mehr steht und eine Zertrümmerung der deutschen Westfront nicht nur zu den am wenigsten wünschenswerten, sondern auch zu den am wenigsten wahrscheinlichen Dingen der Welt gehört, so verdankt Deutschland das seinen Arbeitern, die daheim seine Rüstung schmiedeten und die sie draußen kämpfend und sterbend trugen. Denk es, o Deutschland!

Hat Deutschland dessen gedacht und denkt es dessen heute noch? Wie war denn die Stimmung aus der die Rhythmen Brögers herausströmten? „Uns treibt nicht Eroberungs-lust“. „Nicht für fremdes Land bluten und sterben Deutschlands Söhne“. Und weniger pathetisch, doch nicht weniger inhaltlich: „Ich bestimme hierdurch, daß der dem Landtag vorzuliegende Gesetzentwurf auf der Grundlage des gleichen Wahlrechts aufzustellen ist.“

Was wäre wohl geworden, wenn man den deutschen Arbeitern in der Zeit der größten Gefahr gesagt hätte: „Nur blutet und sterbt für Kurland, Litauen, Longwon, Brien, für die Vernichtung der belgischen Selbstständigkeit und — für die Reform des preussischen Herrenhauses“??

Die Bewegung, die durch die Massen des arbeitenden Volkes geht, beruht auf tiefen Gründen. Sie ist — heute muß offen gesprochen werden — der Befürchtung entsprungen, daß man sie irreführt hat. Sie wollen sich aber nicht irreführen lassen, sondern an ihren Zielen festhalten. Unzählige Male ist es seit Anbeginn dieser Menschheitsstragödie von ihren Vertretern im Reichstage erklärt worden: „Wir kämpfen für unser eigenes Land, nicht für Eroberungen. Wir kämpfen auch nicht für das Deutschland, wie es vor dem Kriege war, sondern für das Deutschland, das nach dem Kriege werden soll, für ein freies Vaterland.“ — Wie ist ein Post ehrlischer gehalten worden, als dieser von den Arbeitern gehalten worden ist!

Heute tauchen die Gefahren der Kriegserlängerung durch offene oder schlecht verhehlte Annexionen und die innere Reaktion riesengroß auf. Die Entbehrungen steigen und zu der Sorge um die Lieben draußen gesellt sich der quälende Gedanke, daß eine gute Politik sie wohlhalten nach Hause führen, eine schlechte aber sie verderben könnte. Deutschland ist, nicht zuletzt durch die Tat seiner Arbeiter, so weit, daß es einen Frieden, der ihm von Siegern diktiert wird, nicht mehr zu fürchten braucht. Und nun fordern die Arbeiter die gute Politik, die im Glück Maß hält, gefährlichen Uebermut meidet und ohne Not kein Blut vergießt. Sie wollen, daß man ihnen die Ruhe des Gewissens widergibt, indem man ihnen Gewähr für eine solche Politik gibt!

Die bisherige Haltung der Regierung ist leider nicht geeignet, jeden Zweifel und jedes Mißtrauen im Keim auszurotten. Aber ehrlicherweise muß gesagt werden, daß die Regierung weniger auf das Verhalten der Regierung selbst zurückzuführen ist als auf das Treiben einer Herrschaft, die noch immer nicht einsehen kann, daß die Zeit für sie vorbei ist. Sie will die Größe der Opfer bestimmen, was dem Volke an Freiheiten und Rechten zugumessen sei und macht sich die Vermundshaft über alle, auch über den König von Preußen an, indem sie in ihrem Hauptorgan erklärt: Wenn sie seinen Willen bekämpfe, wahre sie „die Rechte der Monarchie“. Dieses unerträglich anmaßende Treiben muß auch auf die Herzen wirken, die den zerrüttenden Einflüssen eines dreieinhalbjährigen Krieges leidlich widerstand haben, noch viel mehr auf solche, die durch den Kriegstod von Angehörigen, Ueberarbeit und leibliche Entbehrungen aus dem Gleichgewicht gebracht sind. Ursachen — Wirkungen!

Dies alles muß man bedenken, wenn man die Vorgänge die sich auf der Oberfläche und unter ihr abspielen, richtig

beurteilen will. Und darum nochmals: ruhig beobachten ist besser als poltern oder gar drohen. Die deutschen sozialdemokratischen Arbeiter, auch jene, die zu den Unabhängigen stehen, sind keine Bolschewiki. Weber von der äußersten Rechten noch einer kaum sichtbaren alleralleräußersten Linken lassen sich die Absicht aufreden, den Weg zu ihrem Glück über die Niederlage und über den Bürgerkrieg zu suchen. Sie wollen das Notwendigste, das sie zu ihrer Ernährung brauchen, sie wollen den Frieden und sie wollen ein außen und innen freies Deutschland. Dies zu wollen treibt sie ihre Natur, und wo sie an Scharfen stoßen, bäumen sie sich auf, gleich wie ein gestauter Strom aus seinen Ufern heraustritt.

Das hohe Ziel einer politischen und wirtschaftlichen Neuordnung, die jedem Menschen freie Entfaltung verspricht, das Ziel der Demokratie des Sozialismus werden sie nie aufgeben, aber sie verfolgen es nicht mit großen Redensarten, sondern mit festen Taten. Sie gehen den Weg, der nach ihrer Ueberzeugung zu einer besseren Zukunft der Menschheit führt, Schritt für Schritt. Gefährlich ist der Versuch, sie dabei gewaltjam anzuhalten!

Entscheidung des Ausschusses der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Der Parteiausschuß stellt fest, daß sich die gegenwärtige Streikbewegung nicht gegen die Landesverteidigung richtet, und nicht Ziele eines feindlichen Imperialismus fördern will. Sie ist aus einer tiefen Mißstimmung entstanden, die durch die Ernährungsschwierigkeiten und den Druck des Belagerungszustandes hervorgerufen wurde. Das Treiben der Reaktion im Preussischen Dreiklassenhaus, das auf die Verhinderung der preussischen Wahlreform gerichtet ist, das herausfordernde Auftreten der sogenannten Vaterlandspartei und die unklare Haltung der Regierung in der Friedensfrage haben diesen Stimmungsdruck verschärft. Da alle Ratschläge und Warnungen der sozialdemokratischen Partei ungehört verhallten, wurde ein Ausbruch dieser Volksstimmung unvermeidlich.

Durch den Eintritt sozialdemokratischer Abgeordneter beider Fraktionen in die Streikleitung war die volle Gewähr dafür gegeben, die Bewegung in geordneten Bahnen zu halten und sie rasch, ohne Schädigung der Allgemeinheit zum Abschluß zu bringen. Voraussetzung dafür war, daß die Regierung auf Gewaltmaßnahmen verzichtete und Forderungen erfüllte, die von einer erdrückenden Mehrheit der Bevölkerung als berechtigt anerkannt werden.

Statt diesen Weg zu gehen, hat die Regierung unter kleinlich formalistischen Vorwänden Verhandlungen mit den Arbeitervertretern der Streikenden abgelehnt. Sie hat zugleich geduldet, daß ihr nachgeordnete Organe mit erbitternden Unterdrückungsmaßnahmen gegen die Bewegung vorgehen. Das Versammlungsrecht wurde vollständig unterdrückt, der „Vorwärts“ verboten, schließlich der gewählten Streikleitung jede Betätigung untersagt. Die Folge davon ist, daß sich der Streik explosionsartig auf immer neue Gruppen ausdehnt und daß er auf immer neue Orte überspringt, jeder Regelung und Kontrolle entbehrend.

Die Verantwortung für diese Entwicklung der Dinge trifft jene Stellen, die sich vor Ausbruch des Streiks und während seiner Dauer beharrlich geweigert haben, die Stimme der Vernunft zu hören, und deren Politik offensichtlich auf die Erzwingung eines Macht- und Gewaltfriedens über die Bevölkerung hinsteuert.

Die sozialdemokratische Partei hat mit ihrem bisherigen Verhalten die Sache der Landesverteidigung gegen feindliche Eroberungsabsichten niemals verlassen und bekennt sich auch in dieser vielleicht kritischsten Stunde des Volkes nachdrücklich zu ihr. Die Landesverteidigung wird jedoch gefährdet durch die politische Einsichtslosigkeit derer, die den Krieg zu kriegsverlängernden, vom Volke nicht gebilligten Zielen führen wollen, die dem Volke versprochene Rechte verweigern und jeden Protest gegen einen immer unerträglicher werdenden Druck mit verstärktem Druck beantworten. Darum müssen sich heute alle Kräfte vereinen, um eine Abkehr von dem verhängnisvollen Kurs herbeizuführen, im Interesse der Selbsterhaltung unseres Volkes und eines baldigen gerechten Friedens.

Wir fürchten in diesem Augenblick weniger die Gefahr von der Herr Wallraf sprach, als eine andere. Man kennt das deutsche Volk als das ruhigste, geduldigste der ganzen Welt. Begänne dieses Volk in seinen breiten Schichten von tiefer Unruhe erfaßt zu werden, so ließe sich niemand einreden, daß dies nur die Frucht „gefährlicher Agitationen“ und nicht viel mehr die Frucht eines unhaltbaren Regierungssystems sei. Die „gefährlichen Agitationen“ bleiben vollkommen ungefährlich, wenn die Masse des Volkes weiß, daß sie in dem Staate, in dem sie lebt, zu ihrem Rechte kommt. Freitag hat Bauern in aller Ruhe und Ordnung gesprochen, und käme es heute zu allgemeinen Wahlen, so länge es aus dem größten Teile des Deutschen Reiches wie von dort. Solche Stimmen muß die Regierung respektieren, die die „innere Front“ ungebrochen erhalten will. Jeder Gebanke an einen Versuch, dem Volk kriegsverlängernde Ziele aufzudrängen, für die es nie gekämpft hat, eher ihm Rechte vorzuenthalten, die ihm versprochen worden sind, wirkt zerrüttend. Das ist heute die größte Gefahr.

Denk es, o Deutschland! —

Der Parteiausschuß fordert die Reichsregierung auf, sich in eindeutiger Weise zu erklären:

1. für die ausgiebigere Lebensmittelversorgung durch Erfassung der Lebensmittelbestände bei den Erzeugern und in den Handelslagern zwecks gleichmäßiger Zuführung an alle Bevölkerungsklassen;
2. für ihre Bereitwilligkeit, den Belagerungszustand schnellstens aufzuheben, sofort aber alle, das Vereins- und Versammlungsrecht, sowie die freie Meinungsäußerung durch die Presse einschneidenden Bestimmungen zu beseitigen;
3. für die Aufhebung der Militarisierung der Betriebe;
4. daß sie entschlossen ist, die schnellste Durchführung des allgemeinen gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für Preußen mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln zu sichern;
5. daß sie bereit ist zu einem allgemeinen Frieden ohne offene oder verhehlte Annexionen und Kontributionen auf Grund der demokratischen Grundzüge der Völker.

Die Verhandlungen in Brest-Litowsk

sind nach 14tägiger Unterbrechung gestern wieder aufgenommen worden. Nach Erledigung einiger Formalitäten behandelte man die brennende Frage, wer denn nun berechtigt ist, die Ukraine auf dem Friedenskongreß zu vertreten. Da die bisher an den Verhandlungen beteiligte Delegation der Ukrainer noch nicht erschienen war, wurde die Entscheidung über diese Frage bis zum Eintreffen derselben vertagt. Inzwischen soll die Kommission für territoriale Fragen ihre Tätigkeit aufnehmen.

Brest-Litowsk, 30. Januar.
Heute vormittags fand unter dem Vorsitz des Großwesiers Tschatschaja eine Plenarsitzung statt, die von dem Vorsitzenden mit einer Begrüßung der erschienenen Delegationen eröffnet wurde. In den einleitenden Worten wies Tschatschaja darauf hin, daß seit Eintritt der letzten Pause gewisse Veränderungen in der Zusammensetzung der einzelnen Delegationen eingetreten seien, weshalb er die Vorsitzenden derjenigen Delegationen, bei denen solche Veränderungen stattgefunden hätten, bitte, hiervon der Plenarversammlung Mitteilung zu machen.

Hierauf teilte Staatssekretär v. Kühlmann mit, daß die königlich bayerische Staatsregierung, von einem ihr vertragsmäßig zustehenden Rechte Gebrauch machend, im Einverständnis mit seiner Majestät dem Kaiser und dem Reichskanzler, den königlich bayerischen Staatsminister Grafen Podewils-Buznis als ihren Vertreter zu den Verhandlungen nach Brest-Litowsk entsandte, so daß der Staatsminister Graf Podewils von nun an als Mitglied der deutschen Delegation an den Verhandlungen teilnehmen werde.

Herr Trojtsch gab hierauf die Erklärung ab, daß in der Zusammenkunft der russischen Delegation zwei Veränderungen vorgenommen worden sind. Eine Änderung sei rein persönlicher Natur, indem an den weiteren Verhandlungen auch der Volkskommissar für Staatseigentum Herr Karelin teilnehmen werde. Die andere Veränderung trage einen staatsrechtlichen und politischen Charakter und betreffe die

Einreichung von zwei Mitgliedern der ukrainischen Volksrepublik in die russische Delegation, wovon bereits schriftlich Mitteilung gemacht worden sei. Die Regierung der Arbeiter-, Soldaten- und Bauern-Delegationen der ukrainischen Volksrepublik habe drei Mitglieder zur Teilnahme an den Friedensverhandlungen entsandt, von denen das eine Mitglied, Volkskommissar und Volksstaatssekretär für Volksbildung,

5. Verteilung von Mühlenfabrikaten.

Hier soll versucht werden, mehr von den Reichsteilen zu erhalten. Der Senat wird seinen Einfluss nach dieser Richtung hin geltend machen. Die Arbeiterschaft wird ersucht, zur Bekämpfung des Schleichhandels selbst mit Hand anzulegen.

6. Restlose Erfassung der noch vorhandenen Lebensmittel.

Der Senat will alles tun, was er kann und rechnet auf die Unterstützung der Arbeiterschaft auch nach dieser Richtung. Voraussetzlich wird eine Herabsetzung der Protration nicht erfolgen; sollte das dennoch geplant sein, so wird der Senat sich mit aller Entschiedenheit dagegen aussprechen. Der Senat ist sich des Ernstes der Lage bewußt.

7. Die Friedensfrage.

Die Anweisung des Direktors Lübeck im Bundesrat in Bezug auf die Kriegsziele ist Sache des Senats. Der Senat nimmt aber die Wünsche der Arbeiter zur Kenntnis und wird sie ernsthaft prüfen.

8. Freies Bürgerrechtswahlrecht.

Hier muß das Ergebnis der Arbeit der einzelnen gemeinsamen Kommission abgewartet werden.

An der Brotaktion der Arbeiterpartei beteiligten sich außer den Arbeitern und Arbeiterinnen der getrennt genannten Betriebe auch sämtliche Maurer, Bauarbeiter und Zimmerer.

Vom Schleichhandel in der Industrie.

Die Erkenntnis, daß der von der Industrie betriebene Schleichhandel am Ende zum Zusammenbruch unserer Ernährungswirtschaft führt, hat bekanntlich die höheren Behörden in Bewegung gebracht. Beratungen haben in Berlin stattgefunden, deren Ergebnis war, daß eine Kommission eingesetzt werden soll, deren Aufgabe es ist, die Grundlagen für eine bessere gesetzliche Veranordnung der Arbeiter zu schaffen, damit der heimlich betriebene Schleichhandel ausgeschaltet werden kann, ohne daß die Ernährung der Arbeiter Schaden leidet. Wir haben ja schon früher auf die Tatsache hingewiesen, daß bei Verordnungen durch den Schleichhandel häufig immer erst die höchsten Beamten der Industrie in Frage kommen, die sich stets zuerst mit großen Mengen einzubeden pflegen. Für diese Kreise würde natürlich die Neuregelung unangenehm fühlbar werden. Wie steht es aber mit der Arbeiterschaft? Der „Proletarier“, das Organ des Fabrikarbeiterverbandes, befaßt sich auch mit dieser Frage und schreibt: „Nicht alle Großbetriebe und nur wenig Kleinbetriebe beschaffen Lebensmittel auf solchen Wegen und nicht alle Arbeiter, denen solche Lebensmittel zugänglich sind, erhalten davon. Nicht wenige schreien der meist ungenügend hohen Preise. Da wird Butter, das Pfund zu 10 Mk., Mehl das Pfund zu 3 Mk., Zucker das Pfund zu 2,90 Mk. und manches andere zu ähnlichen Preisen angeboten. Fleisch wird zum doppelten des Höchstpreises verkauft, Seife ist nur zu Phantasiapreisen erhältlich. Bei solchen Preisen kann natürlich von einem allgemeinen Bezug keine Rede sein; nur der im Lohn besonders günstig gestellte Teil der Arbeiterschaft kann da mitleiden. Einige Unternehmen geben die Waren unter dem Selbstkostenpreis ab, um den Kreis der Abnehmer nicht allzu klein zu halten, doch sind das Ausnahmen. Nicht wenige Betriebe schlagen nicht nur den vollen Preis heraus, sondern noch allerhand Spottsalz darauf. Für diese wird die Lebensmittelbeschaffung noch ein kleines Nebengeschäft.“

Die aus den Zeilen sprechenden Tatsachen, die überall zu treffen, beweisen, daß die Arbeiterschaft im allgemeinen wohl aus der Unterbindung des Schleichhandels keinen Schaden zu befürchten hat. Gegen den Mißbrauch, der sich mit dem Schleichhandel bei den Werken herausbildete, hat sich dieser Tage auch eine Arbeiterauschüßung in Dortmund befaßt, die eine Entschärfung anmahnt, in der es heißt: „Um angeblich die Müstungsarbeiter mit Lebensmitteln zu versorgen, werden unehrerliche Waren Lebensmittel im Wege des Schleichhandels, verteuert durch den Aktienhandel, zu unerhöht hohen, oft geradezu Phantasiapreisen auf gekauft und verkauft. Verlust werden mit diesen der Allgemeinheit entzogenen Lebensmitteln, dem Gefährdung, zunächst nicht nur mehr oder weniger alle Beamten und Angestellten der Werke, sondern auch unehrerliche Arbeiter, die in keinerlei Beziehung zu den Werken stehen. Daneben werden ganz direkt unter dem Vorwande, den Arbeitern der Kriegsindustrie Lebensmittel zu verschaffen, Lebensmittel wagnungsweise zu Spekulationszwecken veräußert und veräußert. Die auf so beschuldigte Weise reichlich mit Lebensmitteln versorgten können dann zum „Durch- und Durchhalten“ reden, sind meistens die größten Schreier nach Innereien und tragen selbstverständlich dazu bei, den Krieg um Schaden und Nachteil der Arbeiterschaft und des gesamten Volkswohls in die Länge zu ziehen.“ Die Entschärfung fordert weiter, daß alle Lebensmittel durch die Kommunalverwaltungen unter Mitwirkung der Arbeiterauschüsse zur Verteilung kommen.

Die Überzeugung, daß gerade durch den Schleichhandel die Preise zum Schaden für die Allgemeinheit ins Unmögliche gesteigert sind, lassen die in Wirklichkeit wenig befristeten Arbeiter lieber gern auf Sonderbelieferung verzichten, wenn sie die Gewähr haben, daß die Allgemeinerversorgung durch die Unterbindung des Schleichhandels verbilligt und verbessert wird. Wenn andererseits die mit großem Geldbeutel versehenen Kreise dadurch in ihrer allzu reichlichen Ernährung eingeschränkt werden, so dürfte diese Tatsache wohl das Gewissen aller vernünftig denkenden Menschen wenig belasten.

Zur Notlage der Binnenfahrer.

Im „Schiff“, dem Zentralblatt für die Interessen der deutschen Binnenfahrer, findet sich ein beachtlicher Artikel, der besonders die gegenwärtige Notlage der Binnenfahrer scharf und vorbildlich zur Abhilfe macht. Es wird in dem Artikel ausgeführt, daß der laienmännliche Krieg zwischen den Binnenfahrern und von diesem die einzelnen Privatfahrer besonders schwer befallen hat. Die militärischen Maßnahmen zwingen sie in großer Zahl, ihr Fahrzeug, wo es auch ist, zu verlassen und es fremder Dohut, oft fern von der Heimat, anzuvertrauen. Die Hafens- und Staatsbehörden haben zwar nach Kräften für die Heberwahrung der Köhne Sorge getragen. Die Staatsverwaltung hat ihnen aber ihrerseits soweit wie möglich für das Abklemmen der Köhne nach den Schiffsstellen gesorgt, aber trotz aller Anstrengungen und Mühsalungen ist es bisher nicht gelungen, den Schiffen alle Sorgen abzunehmen. Dies wird erst recht in die Erscheinung treten, wenn die zum Heeresdienst einberufenen Stiffer zu ihrem Beruf und zu ihrem Fahrzeug zurückkehren. Jeder Kahn und insbesondere die zahlreichen aus Holz gebauten Köhne fordern eine andauernde sorgfältige Heberwahrung und Instandhaltung. Die Gefahr der Ausrottung und des Bedauerns ist groß. Aus diesem Grunde konnte schon eine Anzahl von Köhnen überhaupt nicht mehr abgeleitet werden. Es wird erheblicher Mittel bedürfen, um diese Notlage nur einigermaßen zu lindern. Wenn sich von staatlicher Seite bisher auf diesem Gebiet noch keine Maßnahmen getroffen sind, ist es um so erfreulicher, wenn von privater Seite die Hilfeleistung in Aussicht genommen worden ist. Wie wir hören, ist in Hamburg eine Schiffsbesetzungs-Kommission gegründet worden, die sich nicht nur auf die Binnenfahrer erstreckt, sondern daneben auch der Seefahrer, besonders den mittleren und kleineren Reedereien, zugute kommen soll.

Der Mangel in der Versorgung mit Seifenpulver.

Eine der dringlichsten Klagen der Hausfrau ist die unzulängliche Einlieferung von Seife und besonders des Seifenpulvers für die Wäsche. Sie geschieht bekanntlich nicht vermittelt der Kom-

Der amtliche Kriegsbericht.

1713. Großes Hauptquartier, 1. Febr. (Amtlich.)
Wöchlicher Kriegsausflug.

Unsere Erkundungsabteilungen brachten aus den englischen Stellungen in Flandern Gefangene und Maschinengewehre zurück. Bei dichtem Nebel blieb die Feuerfähigkeit an der ganzen Front gering.

Italienische Front.

Auf der Hochebene von Asiago lebhafteste Artilleriekämpfe. Vom Monte di Bal Bella und vom Col dei Rosso aus setzten die Italiener viermal starke Kräfte zu neuen Angriffen an. Sie brachen jedesmal im Feuer der österreichisch-ungarischen Stellungen zusammen.
Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.
Der Erste Generalquartiermeister.
Budendorf.

munalverwaltungen, die, wie es bei den Lebensmitteln der Fall ist, die Ware meist durch die Warengeschäfte an die Verbraucher abgeben lassen, sondern die Versorgung liegt in den Händen der Fabriken. Diese liefern zur Endverteilung direkt an die Geschäfte. Dieses System zeitigt die größten Mißstände. Trotzdem auch hier die Verteilung durch Monatshefte vorgeesehen ist, ist ein Chaos entstanden, wie es fast schlimmer nicht gedacht werden kann. Da jede behördliche Kontrolle fehlt, so bekommt der eine Verbraucher den doppelten und dreifachen Anteil, während der andere nur selten bedacht wird. Manche Hausfrauen sind monatelang nicht in der Lage, ihre Wäsche zu waschen. Das ist ein unhaltbarer Zustand. Der freie Handel, der unablässig mit der Behauptung trüben geht, daß alle Unzulänglichkeiten der Versorgung auf seine Ausfaltung zurückzuführen seien, hätte hier Gelegenheit, den Beweis seiner Behauptung zu erbringen. Aber statt dessen zeigt es sich in der eklamantesten Weise, daß bei dem ersten besten Gewährlaffen des freien Spiels der Kräfte eine rechte Verteilung sofort aufhört. Dies hat er unter anderem wieder bei der Verteilung des Seifenpulvers bewiesen. Deshalb mühen wir im Interesse der Verbraucher entschieden, daß die Verteilung so schnell wie möglich den Kommunen überwiesen wird.

Höchstpreise für Spinnpapier und Papiergarne. Die Bekanntmachung, betreffend Höchstpreise für Spinnpapier aller Art sowie für Papiergarne und -bindfäden vom 10. Juli 1917 Nr. W. III. 700/5. 17. R. N. ist durch eine Nachtragsbekanntmachung vom 1. Februar 1918 Nr. Paga. 1200/11. 17. R. N. in mehrfacher Beziehung ergänzt und abgeändert. Zur Preisstapel I der Bekanntmachung vom 10. Juli 1917 sind zwei Nachträge vorgegeben. Die Preisstapel II hat unter II A eine andere Fassung bekommen; unter II B sind Nachtrag 1 und 2 fortgefallen; II B 2 und II B 1 (Zuschläge) sind ergänzt. Ferner ist abgeändert der § 3 der Bekanntmachung, betreffend Beschlagnahme von Spinnpapier, Papiergarn, Zellstoffgarn und Papierbindfäden sowie Medepflicht für Papiergarnerzeugung vom 23. Oktober 1917 Nr. Paga. 110. 17. R. N. in seinem letzten Absatz durch eine Nachtragsbekanntmachung vom 1. Februar 1918 Nr. Paga. 1500/11. 17. R. N. Nach dieser Abänderung ist an jede erlaubte Lieferung von Spinnpapier, Papiergarn, Zellstoffgarn und Papierbindfäden die weitere Bedingung der Einhaltung bereits festgesetzter oder noch festzusetzender Höchstpreise oder sonst vorgezeichneter Höchstpreise geknüpft. Nach dem Inkrafttreten von Höchstpreisen dürfen höhere Preise nur dann noch berechnet werden, wenn der Belegnehmer oder Freizeichner für die betreffende Lieferung spätestens am Tage des Inkrafttretens der Höchstpreise von der Kriegs-Rohstoff-Abteilung genehmigt, bzw. ausgestellt ist. Der genaue Wortlaut beider Nachtragsbekanntmachungen ist bei den Landratsämtern, Bürgermeisterämtern und Polizeibehörden einzusehen.

Beschlagnahme aller baumwollenen Zwirnstoffe und Garne. Am 8. Jänner 1918 der Bekanntmachung Nr. W. II. 270/2. 17. R. N. betreffend Beschlagnahme baumwollener Zwirnstoffe und Garne (Spinns- und Webereibot.) vom 1. April 1917 ist bestimmt, daß Auslandszwirne und Auslandsgarne von der Beschlagnahme ausgenommen sind. Diese Ausnahme wird durch die Nachtragsbekanntmachung Nr. W. II. 270/2. 17. R. N. vom 1. Febr. 1918 aufgehoben. Der Wortlaut der Nachtragsbekanntmachung ist bei den Landratsämtern, Bürgermeisterämtern und Polizeibehörden einzuweisen.

Praktische Wetterkunde. In dem ersten seiner Vorträge über „Praktische Wetterkunde“, die er am 31. Januar in der Generalversammlung begann, führte Herr Direktor Dr. Schwarz zunächst aus, was er unter praktischer Wetterkunde versteht: es sollte dabei die Naturbeobachtung, wie sie sich in der Weisheit des Schäfers befindet, eben so zu ihrem Recht kommen, wie die Theorie, wie sie sich in der Wetterkarte niederschlägt; und was er an Erklärung der Wettererscheinungen bringe, wolle er immer an den wirklichen Vorgängen während der Zeit dieser Vorträge erläutern und begründen; deshalb seien sie auch so gelegt worden, daß in den beiden letzten immer das Wetter zweier Wochen besprochen werden könne. Von den Erscheinungen ausgehend, wie sie sich am Himmel beim Herannahen eines Gewitters oder einer Regenzeit abspielen, stellte der Vortragende dann zunächst die Bewegung der Luft an der Küste, in Tälern, in geschlossenen Gebieten dar und entwickelte daraus den Begriff des Tiefs. Zum Schluß zeigte er, aus welchen natürlichen Anzeichen sich das Wetter für einige Stunden vorhersehen läßt. Von den Lichtbildern, welche den Vortrag begleiteten, ist vor allem eine Reihe von vortrefflichen Wolkensbildern zu erwähnen, welche das Herannahen, den Vorübergang und das Abziehen eines Tiefs veranschaulichten; sie ist Herrn Richard Zimmermann zu verdanken.

Zwischen- und Goldankaufswörter. Gold ist kein Sämund für einen Vaterlandsfreund. Das Wort kann in dieser Zeit nicht eindringlich genug wiederholt werden. Immer von neuem muß auf die große Bedeutung eines starken Goldfußes unserer Reichsbank hingewiesen werden. Erstklassigste hat die Mahnung, in dieser Zwischen- und Goldankaufswörter des Vaterlandes zu denken, starken Anflug in allen Kreisen unserer Bevölkerung gefunden. Aber darüber kann ebenso wenig ein Zweifel sein, daß noch viele abseits stehen und wohlüberlegen in Trüben und Schranken halten, was in dieser ernsten Zeit für des Vaterlandes Wohl nutzbar gemacht werden sollte. An sie muß die ernste Bitte gerichtet werden, ihrer Pflicht eingedenk zu sein.

Volkstümliches Konzert. Das Konzert am Montag ist wieder zu einem der beim Publikum so beliebten nordischen Abende ausgebaut. Gade und Grieg sind mit besonders wertvollen Kompositionen vertreten, außerdem Hartmann mit einer Ouvertüre und nordischen Volksliedern, der Finländer Siblius mit einem Tangintermezzo und Svendsen mit seiner Joharharde-Lieder, einem nur wenig bekannten Werke. Ganz besonders sei auch hervorgehoben auf Emil Hartmanns Trauerspiel-Ouvertüre „Nordische Meerfahrt“.

Konzert. Die 4. Veranstaltung der sonntäglichen Konzerte findet am Sonntag, dem 17. Februar, nachmittags 5 Uhr im Marmoraal des Stadtbauvereins statt. Als Solistin tritt Frau Marianne Geper verpflichtet, eine Künstlerin, die in Lübeck allgemein bekannt ist. Das deutsche Volkslied in G-moll und Scherz lauter die Ueberschrift des Programms. Die ausgezeichneten Sängerinnen sind eine Reihe alter und neuer Lieder zur Laute. Auf die Vortragsfolge kommen wir noch zurück. Mit der Kartenausgabe wird in der nächsten Woche begonnen werden. Das Konzert beginnt diesmal erst 5 Uhr, da der Saal auch vorher gebraucht wird.
pb. Wenn gehören die Treibriemen? Heute wurden auf dem hiesigen Bahnhofe zwei junge Burken aus Hamburg anhalten

und festgenommen, in deren Besitz zwei Treibriemen von je drei Meter Länge und 5 Zentimeter Breite gefunden wurden. Die Burken gaben an, die Treibriemen in der Nacht zum 31. v. M. von einer landwirtschaftlichen Maschine gestohlen zu haben, die in einer offenen mit Wappdach bedeckten Scheune an der Chaufo von Kallorf nach Lübeck land. Der Eigentümer der Treibriemen wird ersucht, sich im Bureau der Kriminalpolizei zu melden.

pb. Festgenommen wurden zwei weibliche Zwangsgefangene aus dem Frauenheim in Rostock, die nach einem dort ausgeführten Betrug flüchtig geworden waren.

pb. Schlechte Kollegen. Ermittelt und festgenommen sind zwei auf dem Hochofenwerk beschäftigt gewesene Arbeiter, die sich des Diebstahls zum Nachteil einiger ihrer Mitarbeiter schuldig gemacht hatten und auf dem Hochofenwerk gehörige wollene Decken, Handtücher und Zementstücke gestohlen hatten.

pb. Bereitete Fahrt. Ermittelt wurde ein Arbeiter aus Charlottenburg, als dieser versuchte, einen mit gestohlenem Fleisch und Fett gefüllten Koffer in den nach Hamburg abfahrenden Zug zu bringen. Sein Auftraggeber und wahrheitsliebender Dieb wurde auf dem hiesigen Bahnhofe abgefaßt, als er vorgestern Abend mit dem letzten Zuge nach Hamburg zurückkehrte. Es ist dieses ein Schlachtergehilfe aus Oberstfeld i. Bayern, der die Fleischwaren anlässlich von ihm vorgenommener Privatinspektionen gestohlen haben dürfte.

pb. Auf dem hiesigen Bahnhofe angehalten und festgenommen wurden drei 16- bzw. 17-jährige Zöglinge des Rettungshauses Gdartschaus in Gdartsberga i. Thüringen. Zwei derselben waren nach ausgeführtem Diebstahl von ihrer Arbeitsstelle in Schallenburg b. Erfurt flüchtig geworden, während der dritte aus vorgenannter Anstalt entwichen sein will.

pb. Ausgeraubte Kiste. In der Nacht zum 30. d. Mts. wurde eine mit Steingut gefüllte Kiste, die auf einem bei Schuppen II stehenden Wagen lag, vollständig ausgeraubt. Das Steingut bestand aus dekorativem Gebrauchsgeschirr.

Hamburg. Die Werftarbeiterbewegung. Die gestrige Sitzung der Ausschüsse aller Betriebe hat einstimmig beschlossen, allen Ausständigen zu empfehlen, am Sonntag Abend früh einhellig die Arbeit wieder aufzunehmen.

Riel. Der Streik ist beendet. Die Arbeit ist heute Morgen wieder aufgenommen.

Rohdieselmord. Selbstmord zweier junger Mädchen. Zwei junge Mädchen in der Umgebung von Randers haben dadurch Selbstmord verübt, daß sie sich in unmittelbarer Nähe des Bahnhofes von einem einlaufenden Zuge überfahren ließen. Dem einen Mädchen wurde der Kopf abgefahren, dem anderen der Nackenwirbel gebrochen. Der Tod ist bei beiden auf der Stelle eingetreten. Beide Mädchen trugen keine Ausweispapiere, sie standen im Alter von 18 und 19 Jahren und waren gut gekleidet. Ihre Sprache war hochdeutsch. In das Postamt eines Mädchens war der Name Helene Jansen graviert.

Güterzug. Zu dem schweren Eisenbahnunfall in Döppelade bei Güstrow werden noch folgende Einzelheiten berichtet: Die Unfallstelle bietet ein trostloses Bild. Infolge Ueberfahrens des Güterzuges fuhr der von Güstrow kommende Güterzug auf den schon haltenden Keszug. Der Zusammenstoß war sehr heftig. Der Güterzug bestand aus 90 Achsen und wurde von zwei Maschinen gezogen. Durch die Wucht des Zusammenstoßes wurden beide Züge wieder 20 Meter auseinandergeschleudert. Schienen sind aufgerissen, zerbrochen und verbogen, 15-20 Wagen vollständig zerstört, mehrere Wagen sind die hohe Böschung hinauf gestürzt; stellenweise sind sie ineinander gesunken. Güter liegen in Menge zerstreut auf dem Erdboden umher. Schadhafte Güter sind gebrochen. Wertlosigerweise haben die Maschinen nur sehr wenig gelitten. Der Materialschaden ist bedeutend. Das Personal konnte sich zum Teil durch Absprünge retten. Drei Beamte haben leichtere Verletzungen davongetragen. Der Hilfsführer, Kutscheinvalde Georg Langhant wurde ein Opfer seines Berufs. Er wurde 6 Meter weit aus dem Bremsefeld geschleudert und fand durch Genickbruch seinen Tod. Der so sehr Verunglückte war erst 27 Jahre alt und hinterläßt seine Witwe mit einem Kinde.

Bremen. Ein Scheidungsfall festgenommen. Ein Bankbote hatte den Auftrag, bei einer hiesigen Bank 10 000 Mk. mittels Schecks zu erheben. Am Schalter der Bank wurde dem Boten der Scheck von einem hinter ihm stehenden etwa 17-jährigen Menschen plötzlich entzogen, der mit seinem Raube eiligt davonlief. Der Dieb verschwand im Gebäude des Standesamts. Nach eingehendem Abhören des Hauses durch seine Verfolger, worunter sich auch ein Polizeibeamter befand, konnte der Dieb schließlich in einem Abort ermittelt werden.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 31. Januar. (Amtlich.) Im Sperrgebiet am England wurden kürzlich durch unsere U-Boote 5 Dampfer versenkt, davon 3 tief beladene im Havelkanal bei sehr harter feindlicher Gegenwirkung. Unter den Schiffen befanden sich zwei große bewaffnete englische Dampfer von mindestens 6000 und 4000 Tonnen. Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Berlin, 31. Januar. Der verjüngte Belagerungsstand ist über das Gebiet der Städte Berlin, Charlottenburg, Berlin-Schöneberg, Berlin-Wilmersdorf, Neu-Kölln, Berlin-Lichtenberg, Spandau und die Landkreise Teltow und Niederbarnim verhängt worden.

Berlin, 1. Februar. Die Generalkommission der Gewerkschaften hat sich in einer Sitzung mit der Streiklage beschäftigt. Wie der „Vorwärts“ hört, trat übereinstimmend die Meinung zutage, daß die Bewegung aus politischen Ursachen erwachse, und in diesem Sinne eine politische und keine gewerkschaftliche ist. Vollige Einstimmigkeit besteht aber auch in der Auffassung, daß die politische Mitbestimmung, aus der die Bewegung entsteht, verständlich und am sichersten durch gerechtes Vorgehen kommen auf die Wünsche der Arbeiter zu beiseitigen ist.

Genf, 31. Januar. Wasas selbst von der finnlandischen Grenze: Finnland wird eine Delegation von 5 Mitgliedern zur Teilnahme an den Friedensverhandlungen in Brest-Litovsk senden. Diese Delegation besteht aus drei Bürgerlichen und zwei Sozialisten.

Haag, 31. Januar. Die „Times“ melden aus Petersburg: Die Rumänen haben Rischinew besetzt und rücken jetzt weiter vor.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwark. Druck Friedr. Meyer & Co.
Ermittelt in Lübeck

Schmachvoll.

...sich mit Gold...
...Vaterlande...
...Rittell...
...woll!

HOLSTENHAUS

G. M. B. H.

HOLSTENSTRASSE

LÜBECK

Schwarze Kleiderstoffe Popeline, Alpaca und Musseline-Gewebe Meter	18.75 15.50 28.00 24.00	12⁷⁵
Schwarze Seide und Halbseide Pailette, Taffet, Eolienne und Seiden-Mohairs Meter	25.00 22.00 32.00 28.00	12⁵⁰
Schwarze Schleierstoffe in Wolle, Seide und Baumwolle Meter	22.00 18.50 28.00 24.00	14⁰⁰
Farbige Kleiderstoffe Popeline, Krepp und insich gemusterte Gewebe Meter	18.00 15.00 24.00 20.00	10⁵⁰
Farbige Seide und Halbseide Messaline, Pailette, Taffet und Eolienes Meter	22.00 18.50 28.50 25.00	12⁵⁰
Farbige Schleierstoffe einfarbig und in entzückender neuer Ausmusterung Meter	12.50 7.95 18.00 14.50	5⁹⁵

Kostüm- und Kleider-Sammete

schwarz und farbig.

Schwarze Mäntel und Jacketts auch Jung-Mädchen-Größen in tadelloser Verarbeitung	85.00 78.00 125.00 95.00	65⁰⁰
Schwarze Kleiderröcke in Popeline, Seide und Schleierstoff, eleganter Schnitt	65.00 48.00 85.00 79.00	39⁵⁰
Schwarze Blusen auch in Jung-Mädchen-Größen. entzückende neue Formen in Popeline, Seide und Tüll	29.50 24.00 39.00 32.00	17⁵⁰
Frühjahrs-Mäntel und -Jacketts tesche Formen, auch in Jung-Mädchen-Größen	49.75 42.50 65.00 54.00	32⁰⁰
Moderne Kleider-Röcke einfarbig, kariert und gestreift	42.50 36.00 54.00 48.50	29⁷⁵
Neueste Frühjahrs-Blusen aparter Machart, in Seide, Wasch- und Schleierstoffen	18.75 13.50 39.75 26.00	8⁷⁵

Schwarze Handschuhe
in Leder, Seide bzw. Trikot-Gewebe
5⁶⁵ 3⁷⁵ 2²⁵ 1⁵⁰

Farbige Handschuhe
in Leder, Seide bzw. Trikot-Gewebe
5⁷⁵ 3²⁵ 1⁹⁵ 95⁴

Steh- und Stehumlegkragen
in allen modernen Formen
2²⁵ 1⁹⁵ 1⁷⁵ 1³⁵

Vorhemden, weich und farbig
in reicher Musterauswahl
3⁵⁰ 2²⁵ 1⁴⁵ 75⁴

Schwarze Krawatten
Selbstbinder und fertige Formen
1⁷⁵ 1²⁵ 75⁴ 30⁴

Farbige Krawatten
in neuer aparter Ausmusterung
2⁹⁵ 1⁷⁵ 95⁴ 55⁴

Hosenträger
solide Fabrikate, auch Buischen-Größen
4⁹⁵ 3⁵⁰ 2²⁵ 1⁵⁰

Stickerei-Taschentücher
in schöner Ausführung, teils handgestickt
2²⁵ 1⁷⁵ 1²⁵ 95⁴

Taschentücher in Linon u. Batist
1/2 Dtzd. **4⁸⁰ 3⁰⁰ 2⁴⁰**

Uebergangs-Hüte aparte neue Formen
in Seide und Strohbörte
Mk. 35.00 28.50 24.00 18.50 und 14.50

Drei Nachtragsbefestimmungen vom 1. Februar 1918
Nr. Page 150/11. 17 K. R. A. in der Befestigung Nr. Page
1/10. 17 K. R. A. vom 25. Oktober 1917, betreffend
**Befreiung von Spinnepier, Papiergarn,
Zerkleinerer und Papierbinden, sowie Melde-
pflicht über Papiergarnverwertung**
und Nr. Page 150/11. 17 K. R. A. in der Befestigung
Nr. W III 2. 17 K. R. A. vom 10. April 1917, betreffend
**Gebühren für Spinnepier aller Art sowie
für Papiergarn und -binden**
werden heute durch die amtlichen Nachrichtenblätter durch die
Folger besorgen sowie die öffentlichen Anzeigen und Messungs-
mitteln.
Der Inhalt der Nachtragsbefestimmungen ist bei den
Kontrollämtern, Bergwerksämtern und Bergwerksämtern ein-
zusehen.
Lübeck, den 1. Februar 1918.
Eichl. Senatskommission IX. Bremerhof 2.

J. H. Pein
Am Markt 12. 3
Breite Straße 64.

Beste Bezugsquelle für
erstklassige
:: Manufakturwaren ::
Spezialhaus für Betten
Bettfedern u. Daunen
Herren- und Knaben-
Garderob. Arbeiter-
und Berufs-Kleidung.

Faschensachen
Schmucksachen
Verlobungs-
ringe
Willi Westphaler

Sozialdemokratischer Verein
Schwarze-Rensfeld.

Mitglieder-Versammlung.
am Sonntag, 3. Februar
nachmittags 3 Uhr
im Lokale des Herrn W. Hilprecht
(Garten-Platz)
Um selbstiges Erscheinen
erbetet.
Der Vorstand.

Hansa-Theater.
Freitag, den 1. Februar.
abends 7 Uhr: 145
Julchens
Flitterwochen.

Zeitschriften aller Art.
Buchh. Frisdr. Meyer & Co.
Johannisstraße 48.

Hansa-Theater.
Sonntag, den 2. Februar
abends 7 1/2 Uhr, z. letzt Male
Die keusche Susanne.
Sonntag, 3. Febr., abds. 7 Uhr
Polnische Wirtshaft.
Opern-Possel. 3 Akte v. Gilbert
Nachm. 3 Uhr kleine Preise
Gr. Kinder-Märchen-Vorstell.
Schermitteln v. die 7 Zwerg.
Montag, 4. Febr., abds. 7 Uhr
Auf der Sonnenseite.

Stadttheater.
Freitag, den 1. Februar 1918

Der Treuhadour.
Sonntag, den 2. Febr. 1918:
Neuheit! Neuheit!

**Klinge, kleines
Frühlingslied.**
ein Alt-Göttinger Stück von
H. Stein u. A. Stammann.
Sonntag, den 3. Februar 1918
Nachmittags 3 Uhr:

Mina von Barnheim.
Dienstag, den 5. Februar 1918
Gespel des Thalia-
Theaters, Hamburg:

Baumeister Saluss.
Schauspiel von H. Ibsen.
Anfang der Vorstellungen
7 Uhr.

Juwelen- und Goldantwortschmuck
Lübeck.

Annahmestellen:
Goldschmied G. Schwartzkopf, Breite Straße 73.
Zentrale vom Roten Kreuz, St. Annenstraße 2.
Bringt alle Gold- u. Schmucksachen do' hin!

E.-S.-P.-Diele
Holstenstr. 20. früher Weinrestaurant
„Union“.

Ab 1. Februar 1918 täglich
pünktlich 7 1/2 Uhr:
Künstlerspiele
Else Grabbert v. d. Lessing-Diele, Hamburg.
Kurt Berger 1. Bariton v. d. Hamburger Volksoper.
Geschwister Duve Solotänzerinnen v. Kleinen
Theater, Hamburg. 461
Gerda Braun, Operndiva.
Heinz Reder, Humorist und Vortragskünstler.
Als Gäste:
Robert Brüning v. Stadttheater Hamburg.
Wilhelm Bendow v. Thalia-Theater Hamburg.
Kapelle Lenz.
Tischbestellungen vorher erbeten. Telephon Nr. 160.
Ab 2. Februar, täglich 3 Uhr nachmittags
vornehmes Kaffeegedeck
bei Künstlermusik — Kapelle Lenz.

Waisenhaus.
Die Gemeinde im Auftrage in
des Waisenhauses und den der
Waisen oder den Angehörigen
der Kinder im Testament be-
legten am Freitag, den 1. Febr.,
den 11. Febr., morgens 9 Uhr,
im Waisenhaus anzukommen.
Zusammen, Besuchen und
ihres Schicksals des Kindes
und dabei einzuweisen.
Die Buchhaltung
des Waisenhauses.

Konsumverein
für Lübeck und Umgebung.
G. M. B. H.

**Saubere
Rotweinflaschen**

**Krawatten
Hosenträger
Herren-Wäsche
Aug. Janensch**
Lübeck, G. 1155

Wohlan mögen sich nach
Hamburgs großen unterirdische
Sommer-Schwärmer, Wog-
wasser
Marie Moller, Wwa.
geb. Meins
im 14. Lebensjahre.
Schwägerin von
Ferd. Moller u. Frau
geb. Bernack u. Sander.
Bewerbung findet am
Samstag, den 4. Febr., nach-
mittags 3 1/2 Uhr, beim
Königlichen Amt. (47)

Die Kriegswirtschaft im Haushalt der Familie.

Die Kriegswirtschaft hat in den Haushalt der Familie tief eingegriffen. Der Mangel oder auch das Fehlen von Nahrungsmitteln und täglichen Gebrauchsgegenständen hat zu Einkürzungen geführt, die schwer und hart zu ertragen sind. Die Preise sind in die Höhe geschossen und damit dem Verbrauch in den Schichten der Minderbemittelten eine unangenehm empfundene Einschränkung auferlegt, die viel Unzufriedenheit hervorgerufen hat. Wir kennen alle die Klagen und Beschwerden der Hausfrauen, insbesondere auch die, wie mit dem Einkommen der Einkauf in Einklang zu bringen ist. Volkswirtschaftlich ist es von nicht geringer Bedeutung, wie unsere Verhältnisse im Haushalt sich verschoben haben, einwandfrei durch möglichst genaue statistische Ermittlungen festzustellen.

Der Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen hat aus den Kreisen der ihm angeschlossenen Verkände im Jahre 1916 zwei Erhebungen über die Lebenshaltung der Bevölkerung vorgenommen und die Erhebung im April 1917 wiederholt. Wir gewinnen damit einen sehr interessanten Einblick, wie der Krieg wirtschaftspolitisch in die Einkommensverhältnisse eingegriffen hat und welche Bedrängnis er für die Minderbemittelten der Stadt schuf.

Die Erhebungen sind von dem Kaiserlichen Statistischen Amt bearbeitet; die letzte Erhebung ist soeben in einem Sonderheft zum Reichs-Arbeitsblatt herausgegeben. Aus der Bearbeitung des Materials heben wir folgendes hervor:

Es wurden von dem Kriegsausschuß abgehoben an einen kleinen Kreis zuverlässiger Personen in 27 Großstädten, 26 Mittelstädten und 23 Klein- und Landstädten herausgegeben, um für den Monat April 1917 die Einnahmen und Ausgaben in der Familie aufzuzeichnen. Eine für die Zwecke verwendbare Aufstellung ergab 342 Fragebögen, die über eine gleiche Zahl von Haushaltungen Auskunft gaben. Der Berufsstellung nach verteilten sich die Haushaltungsvorstände auf 9 höhere Beamte, 81 mittlere Beamte, 31 Unterbeamte, 81 Angestellte und Privatbeamte, 100 Arbeiter, 11 Kriegerfrauen, 29 freie Berufe. Das durchschnittliche Einkommen im Monat für die Familie betrug für die höheren Beamten 662,24 Mk., mittlere Beamten 327,60 Mk., Unterbeamten 228,66 Mk., Angestellte 283,79 Mk., Arbeiter 237,36 Mk., Kriegerfrauen 153 Mk., freie Berufe 430,50 Mk. In 40 Fällen steuerte die Frau zu dem Einkommen der Familie bei, in 34 Fällen war außerdem die Frau Haushaltungsvorstand. Der Arbeitsverdienst der 40 Frauen betrug im Monat 2098,73 Mk., ferner steuerten 77 Angehörige mit 6637,62 Mk. zum Unterhalt der Familie bei; in 55 Fällen wurden Nebeneinnahmen erzielt durch gewinnbringende Beschäftigung u. a. Untervermietung im Betrage von 2078,15 Mk., das Zinseinkommen in 56 Fällen ergab 3883,11 Mk. und von anderer Seite wurden Zuschüsse in Höhe von 3779,50 Mk. in 81 Fällen verzeichnet.

Was die Ausgaben anbetrifft, so wurde pro Kopf der Familie für Nahrungsmittel 38,57 Mk., für Miete 8,51 Mk., Kleidung und Wäsche 9,45 Mk., Heizung und Beleuchtung 4,11 Mk. und Sonstiges 14,94 Mk. verausgabt. Unter „Sonstiges“ sind Aufwendungen für Literatur, Versicherungsbeiträge usw. summiert. Die Berechnung pro Kopf der Familie ist so aufgestellt, daß zwei Kinder unter 11 Jahren für

eine Person gezählt wurden, Säuglinge blieben ganz außer Anschlag, alle übrigen Familienangehörigen dagegen erscheinen als Einzelpersonen in der Berechnung. Es erstreckt sich demnach die Erhebung auf 1388 Personen.

Das Einkommen auf den Kopf eines Familienmitgliedes wurde gegliedert in ein solches bis zu 50 Mk., 50—75 Mk., 75—100 Mk. und über 100 Mk. im Monat. Bezüglich der Ausgaben für die Ernährung zeigt diese Untersuchung eine völlige Bestätigung des Engländer Gesetzes. In sämtlichen Berufsgruppen sanken die Ausgabenanteile, die für Nahrungsmittel angewendet wurden, mit zunehmendem Wohlstande. Besonders werden hier die Berufsgruppen, die mit einer größeren Familienzahl vertreten sind (mittlere Beamte und Angestellte mit je 81 Familien, Arbeiter mit 100 Familien) als ausschlaggebend angesehen werden können. Bei den mittleren Beamten wurde in den Familien mit bis 50 Mk. monatlichem Einkommen auf den Kopf 56,60 v. H., in der Stufe 50—75 Mk. 49,12 v. H., in der Stufe 75—100 Mk. 46,13 v. H. und in der Stufe über 100 Mk. 43,81 v. H. für die Ernährung aufgewendet. Bei den Angestellten fiel der Ausgabenanteil für Ernährung von 56,49 v. H. in der Stufe bis 50 Mk. auf 47,45 v. H. in der Stufe über 100 Mk. In den Arbeiterfamilien betrug der Ausgabenanteil in der niedersten Stufe 61,52 v. H., in der Stufe 50—75 Mk. 59,50 v. H., in der Stufe 75—100 Mk. 52,19 v. H. und in der höchsten Stufe 51,26 v. H.

Die Ermittlung über den Bezug der einzelnen Nahrungsmittel läßt erkennen, daß in den Großstädten die Ausgaben größer sind. Nach Wohlhabensstufen gegliedert ergibt sich, daß infolge der Nationalisierung für fast sämtliche wichtigen Lebensmittel die Ausgaben in den einzelnen Einkommensstufen ziemlich gleich geblieben sind, dagegen trat ein erhebliches Ansteigen der Ausgaben wie der Ausgabenanteile für nicht rationierte Lebensmittel, besonders Gemüse und Obst, einschließlich Konjerven, Marmelade, markenfremde Badware, Käse, ferner Schokolade und Zuckerwerk, die zum Ausgleich der beschränkten rationierten Lebensmittel gekauft wurden, mit zunehmendem Wohlstande ein. Auch Fleisch- und Fischkonjerven wurden mit vermehrtem Einkommen in steigendem Maße beschafft; ebenso stiegen die Ausgaben für Tabak und Alkohol, sowie für Speisen und Getränke außer dem Hause mit dem höheren Einkommen. Aus den Erhebungen sind 51 Familien mit zwei Kindern im Alter bis zu 16 Jahren, einschließlich der beiden Ehegatten 4 Personen, gesondert nach ihrem Verbrauch abgehandelt. Die Zusammenstellung weist eine Ausgabe von 255,81 Mk. für die Familie auf, davon 134,14 Mk. (52,44 v. H.) für Nahrungs- und Genussmittel. Nach Berufsständen eingeteilt für mittlere Beamte 314,30 Mk., Nahrungsmittel 150,57 Mk. (47,91 v. H.); Unterbeamte 205,82 Mk., Nahrungsmittel 111,87 Mk. (54,35 v. H.); Angestellte 268,55 Mk., Nahrungsmittel 141,64 Mk. (52,74 v. H.); Arbeiter 234,64 Mk., Nahrungsmittel 134,14 Mk. (57,44 v. H.).

Der Vergleich mit der Erhebung im April 1916 läßt pro Kopf nur eine Steigerung der Ausgabe von 74,87 auf 75,58 Mk. erkennen. Höher erschienen in den Ausgaben Heizung, Miete, Kleidung, Schuhwerk, Wäsche, Hausgerät, Bücher und Zeitungen; etwas gesunken sind die Ausgaben

für Nahrungsmittel. Die Verschlebung ist keine erhebliche, die geringere Ausgabe für Nahrungsmittel ist auf die schlechte Versorgung mit Lebensmitteln im April 1917 zurückzuführen, keineswegs auf eine Preisentkung.

Was die Menge des Verbrauchs anbetrifft, so zeigt sich überwiegend ein Rückgang, der besonders stark bei Kartoffeln, Fetten einschließlich Butter, Fischen, Eiern, Gemüskonjerven, Marmelade, Zucker und Bohnenkaffee hervortrat, während der Konsum an Fleisch und Wurst — es handelt sich gerade um den Zeitraum, wo die Fleischration erhöht wurde — und Verbrauch an Mehl, Teigwaren und Gemüse zunahm.

Die Erhebungen lassen erkennen, daß bei sehr erheblichen Preisaufschlägen für alle Bedarfsartikel die Lebenshaltung in sehr dürftigen Grenzen gehalten ist und daß die Bedrängung der im Einkommen schlecht Gestellten eine sehr starke ist. In vielen Fällen ist ein Auskommen nur dadurch möglich, daß dringende Anschaffungen für den Haushalt zurückgestellt werden, andere verzehren ihre Spargroschen oder geraten in Schulden. Jede Preissteigerung gestaltet die Lage der großen Zahl der Minderbemittelten schwieriger und unhaltbarer.

Mittelstandsnöte und Arbeiterchutz.

Die Staatshaushaltskommission des preussischen Landtages begann am Dienstag die Beratung des Handels- und Gewerbetags. Der Berichterstatter Abg. D e s e r (Freis.) erstattete sehr instruktive Referate über die „Wiederaufrichtung des Mittelstandes“ und die „Uebergangswirtschaft“. Daß der Mittelstand im allgemeinen und breite Handwerkschichten im besonderen durch den Krieg schwer getroffen sind, wies der Berichterstatter nach und alle Parteierzieher stimmten dem zu. Konservative und freisinnige Abgeordnete, ausgesprochene Vertreter des Handwerkerstandes, klagten gleichermaßen über die starke wirtschaftliche Bedrängnis der Handwerkerzunft, die sehr oft nicht die erforderliche Unterstützung der zuständigen Behörden finde und im Vergleich zu der Großindustrie nur geringe Gewerbaufträge erhalten habe. Auf die Bezahlung lasse man sehr lange warten. Weitergehiger Kreditgewährung aus Staatsmitteln sowie die Förderung des Genossenschaftswesens müsse den Handwerkern nach dem Kriege wieder aufhelfen. In diesem Sinne lagte der Minister für Handel und Gewerbe seine Unterstützung zu.

Der Vertreter der Sozialdemokratie, Abg. S u e, warnte davor, in den Kreisen des Mittelstandes und speziell des Handwerks Hoffnungen zu erwecken, die infolge der unaufrichtlichen, durch den Krieg außerordentlich beschleunigten Entwicklung zur großindustriellen Massenfabrikation nicht erfüllt werden könnten, teils aber auch nicht erfüllt würden, weil in maßgebenden Regierungskreisen offensichtlich die Tendenz bestehe, die Großindustrie, den Großhandel und das Großbankwesen zu fördern, den Großen zu umfassenden, monopolistisch wirkenden Organisationen zu verfallen. Gegenüber der in der Debatte erhobenen Anklage, die Sozialdemokratie sehe den Untergang des Handwerkerstandes als „notwendig“ an, erklärte Sue, wie und warum große Handwerkerbranchen bereits durch die großkapitalistische Produktionsweise vernichtet seien und daß die Sozialdemokratie keineswegs in der Vernichtung des noch technisch und wirtschaftlich erhaltungsfähigen Handwerks eine „parteilichste Notwendigkeit“ erblicke. Auf die mehrfach erhobene Behauptung, der ungeheuer hohe Preisstand aller unserer Bedarfsartikel sei hauptsächlich die Folge der „unerhöht hohen“, „viel zu hohen“ Arbeiterlöhne, antwortete unser Redner mit

Handel und Wandel.

Von F. W. Sadländer.

12. Fortsetzung.

9.
Nach e.

Als ich auf die Straße hinauskam, atmete ich tief auf; es war mir wie einem Vogel, der dem Käfig entflücht ist. Wenn die Meinigen den Austritt aus dem Reichshofischen Haus billigten, so hatte ich doch wieder etwas Ungewisses vor mir, eine frische Zukunft, in welche ich die buntesten üppigsten Luftschlösser hineinbauen konnte. Ich fühlte es, während meines kurzen Lehrlingslandes hatten sich meine Wünsche bedeutend erweitert; erschien mir doch jetzt jedes Handlungshaus in der Stadt, selbst das größte, wie ein Reichshofischer Spezereiladen, und nur auf der anderen Seite der Welt, das heißt jenseits der Mauern unserer Stadt, konnte es schön und herrlich sein. Ich eilte um die Ecke, doch kaum war ich einige Schritte weit gegangen, als mich aus einer Seitengasse eine Kapitänin anrief, bei deren Ton ich so gleich wußte, wer der Herr derselben sei.

„He, teuerster Kaufmannsjüngling, edelster Ladenhüter!“ schrie Doktor Burbus hinter mir drein. „Wohin stolpern Sie so wild? Ist vielleicht der edle Jungfer Barbara ein Unglück passiert? Oder hat sich Philipp, der Klapperstorch, aus Gram gekränkter Liebe in ein Delfisch gestürzt?“ Bei diesen letzten Worten hatte mich der Doktor erreicht. Ich wunderte mich nicht wenig, den Edlen statt mit der langen Pfeife mit Süßern unter dem Arm zu erblicken. Ueberhaupt war sein heutiger Aufzug vom seinem gewöhnlichen sehr verschieden.

Der Doktor erkundigte sich teilnehmend, wie ich gefühllos, besonders aber, wie ich aufgewacht. Ich schwanderte zu keinem großen Ergötzen den Jammer, der zum erstenmal wie ein Geheiß in mein junges Leben getreten. Aber kaum hatte ich angebeutelt, daß der heutige Tag noch ganz andere Abenteuer mit sich gebracht, so drang er neugierig in mich, ihm auf sein Zimmer zu folgen und alles zu erzählen. — Da ich im Grunde mit der Gründung des Reichshofischen Antrages an meine Großmutter keine Eile hatte, so ging ich mit ihm in unser Nachbarhaus, in dem sich dicht neben unserem Laden eine Ellenwarenhandlung befand. Mit den jungen Leuten dort war ich sehr selten in Berührung gekommen; einmal waren sie älter als ich, und dann glaubten sie auch als Ritter von der Ecke auf einer höheren Stufe der Gesellschaft zu stehen und behandelten einen so ziemlich von oben herab. Auch heute, als ich mit dem Doktor eintrat, redeten sie die Köpfe zusammen und verzogen ihre langweiligen Gesichter, und eine Frau, die ich ziemlich lieb, was ich eigentlich zu sagen gedachte, worüber aber der Doktor zu meiner nicht geringen Vermunderung mit

lauter Stimme entgegnete: „Hören Sie, Junker vom Ladentisch, ich muß es mir für die Zukunft verbitten, daß Sie meine Patienten ausfragen. Unserem jungen Nachbar hier ist heute mittag — was war es denn eigentlich? ja, ein Delfisch auf den Arm gefallen und hat ihm eine nicht unbedeutende Quetschung verursacht, wogegen er meiner ärztlichen Hilfe bedarf. Sie sehen also, junger Mensch, daß er nach den Leistungen Ihrer Elle nicht begierig ist.“

Die Ladenbienen sahen mich verblüfft an und etliche Käufer, die im Laden waren, schauten ebenso verwundert auf den Doktor, der würdevoll durch das Gemölde schritt und sich hinein im Ausgang mit lauter Stimme bei der Magd erkundigte, wie viel Kranke während seiner Abwesenheit nach ihm gefragt hätten. Das Frauenzimmer lächelte ihm ins Gesicht, ohne daß sich der Doktor dadurch gekränkt fühlte, vielmehr schrie er noch lauter, daß man es deutlich vorn im Laden hören konnte: „So? also jedes Stück Kranke, von denen zwei bettlägerig?“ Darauf hing er ruhig die Treppe hinauf und ich folgte ihm. An seiner Stubentür hing eine große Tafel, auf der deutlich zu lesen stand: „Doktor Burbus, praktischer Arzt, ist wegen seiner vielen Geschäfte in der Stadt nur morgens von acht bis zehn und nachmittags von fünf bis sieben Uhr anzutreffen. Bedürftige Personen werden unentgeltlich behandelt.“

Nach dem, was ich mir bisher vom Wissen und Können des Doktors vorge stellt und was mir mein Kollege davon mitgeteilt, erwartete ich auf der Tafel keinen einzigen Namen zu finden, und verwunderte mich daher nicht wenig, als ich las: „Wann wird mich der Herr Doktor nach so vielen schriftlichen Ermahnungen endlich besuchen? Kranz, Schneidermeister.“ Und darunter: „Der Herr Doktor sei dank gebetten, doch nächsten Samstag in Eiferer Person bei mir herüber zu kommen. Die Wäscherin.“ Ferner hieß es noch: „Herrn Doktor wünscht persönlich und mündlich zu sprechen Joachim Klotz, Schuhmachermeister. S. P. Von wegen der neuen Stiefeln, die fertig sein.“ „Ei“, sagte ich, nachdem ich diese Episteln überflogen, „Sie haben ja schon eine ziemlich große Praxis und ordentliche Leute. Sind diese Patienten gefährlich krank? Den Schneider Kranz kenne ich, er hat mir schon einen neuen Rock gemacht.“ — „So?“ entgegnete der Doktor gleichgültig, „ja, sie befinden sich meist im letzten Stadium ihrer Krankheit; jawohl — es hilft bei ihnen nichts mehr, ich habe sie so ziemlich alle aufgegeben.“

Wir traten in das Zimmer, das mir von gestern nacht her noch sehr gut im Gedächtnis war; aber heute, beim spärlichen Licht, da durch das einzige Fenster hereinfiel, sah es noch viel düsterer und unheimlicher aus. Während ich nach der Doktors Auforderung meinen Bericht über die heutigen Ereignisse fortsetzte, sah ich auf dem Kopf und der grüne Sämtling hing um seine Schultern; zwischen den Röhren hielt es eine lange Pfeife, und des

Talglöck, das der Knechtmann in der Hand trug, war so herabgebrannt, daß die Finger vom Feuer geschwärzt waren. Auf Tisch und Stühlen herrschte mangelhafte Unordnung; hier lag ein zerbrochenes Papier, dort ein paar beschmutzte Bücher und andere Parvula. Am Fenster lehnte noch das Brett, auf dem ich gestern nacht herübergerückt, und es schien mir interessant, beim Tageslicht den Abgrund zu betrachten, über dem ich geschwehrt, sowie das Fenster meines Schlafzimmers gegenüber. Kaum aber hatte ich einen Blick hinübergeworfen, so fuhr ich zurück, denn ich erblickte drüben meinen Kollegen Philipp und neben ihm die ohnmächtige Jungfer Barbara, die aber jetzt nicht mehr ohnmächtig war; beide lehnten vertraulich an meinem Fenster. Der gute Philipp, ohne Zweifel durch die letzte unerhörte Schandtat, die ich an unserer Hausjungfer verübt, aufs äußerste gegen mich erbost, machte Gebärden, die mir deutlich sagten, daß er der ehrwürdigen Schwägerin unseres Prinzipals meinen Besuch beim Doktor mit allen seinen Folgen, als da waren die Rutschpartie und mein Krankheitszustand von heute morgen, erzählte. Der Doktor, der hinter mir stand und sich eine Pfeife stopfte, merkte so gut wie ich, daß ich in Unklagestand versetzt wurde, und trat rasch vor, wobei er mit seiner starken Figur das schmale Fenster so ausfüllte, daß ich ungeheuer vor außen zwischen seinen Armen durch deutlich und zu meiner großen Freude den Schreden der Jungfer Barbara und Philipps sehen konnte, als ihnen Herr Burbus einen guten Abend hinterherrief. Die Dame wollte sich, als bald zurückziehen, aber der Doktor fuhr rasch fort: „O weisen Sie doch in meiner Nähe, Holteste Ihres Geschlechts! Blümlein von Scharlachs Heide, weshalb willst du verschwinden, da kaum der perlende Nachthaw deine Blätter beneht hat? Und Sie, freundlicher Nachbar, wachte er sich an Philipp, „teuerster Junker vom Delfisch, edler Kanakier vom ersten Stoß, es drängt mich, ein angenehmes Zwiegespräch mit Ihnen zu halten. Deshalb erlaube ich Sie häufig, zu bleiben, sonst werde ich eine Geschichte hinausjagen in die Welt, eine Geschichte — nun, Sie verzeihen mich schon.“

Barbara wurde vor Zorn bald blaß, bald rot, aber sie mochte sich vor dem Gebrülle des Doktors fürchten und verließ das Fenster nicht. — „Aber was wünschen Sie denn von mir?“ sagte Philipp leinlaut. — „Tapiere den Don“, entgegnete der Doktor, „als Arzt bin ich Ihr Stomat, und aus Ihren Mienen, die, heilfäufig selig, erbarmlich genug sind, erschah ich deutlich, welche Geschickten Sie den künftigen Ohren der Jungfer Barbara erzählen. Aber warum wollen Sie andere anzuwürgen, da Sie mich ja selbst zum Erlernen auf diesem unheimlichen, ja schwankenden Bilde des Lebens mit Ihrem Besuche beehrt haben? Auch Sie helfen mir ja manches gute Glas Wundsch austrinken und verließen mich darauf in einem Zustande, der föhlich ein sehr erheiteter genannt werden konnte.“

(Fortsetzung folgt.)

dem Vortrag von privaten und amtlichen Lohnzahlen aus dem Baugewerbe, der Holzindustrie, dem graphischen Gewerbe, der Metall- und der Chemischen Industrie, usw. Die Löhne seien sehr weit hinter den Preissteigerungen für Lebensmittel, Kleidungsstücke, Papier- und Holzwaren, Baumaterialien usw. zurückgeblieben. Vor einer Kürzung der Löhne, bevor eine stärkere Rückgang der Lebensmittelpreise eingetreten sei, müsse sehr ernstlich gewarnt werden!

Auf die sozialdemokratische Anfrage, was es mit dem von der Presse gemeldeten Getreideeinfuhrverbot auf sich habe, und ob vom Staate für die Arbeitslosenunterstützung nach Friedensschluß vorgeplant sei, antwortete der Minister, die Pressemeldung von dem Getreideeinfuhrverbot sei falsch. Bei Kriegsende sollten die Entlassungen aus dem Heere nach dem Bedürfnis des Arbeitsmarktes vor sich gehen. Weitere Vorläufe für staatliche Arbeitslosenunterstützung sei noch nicht getroffen. Der Berichtskatler hatte die ungehinderte Beschaffung von Rohstoffen aus dem Ausland als die für uns wichtigste wirtschaftliche Frage, auf die im Friedensvertrag Wert gelegt werden müsse, bezeichnet, was der Minister unterstrich. Der Zentrumsabg. Dr. Mann (ein namhafter Anhänger der Vaterlandsparlei, D. Red.) glaubte hierzu sagen zu müssen, daß nur ein harter deutscher Frieden und die freie Rohstofflieferung garantieren könne. Der sozialdemokratische Vertreter entgegnete, allerdings sei der ungehinderte Rohstoffbezug, der freie Weltmarkt überhaupt durch den Friedensvertrag zu garantieren, aber durch einen harten deutschen Frieden, wie ihn der Vorkämpfer der Arbeiter, würden wir zu dieser Sicherung unseres Wirtschaftsbedarfs nicht kommen können.

Zum Schluß: Gewerbeaufsichtsräte wurden folgender sozialdemokratischer Antrag gestellt: Die Kommission wolle beschließen:

- 1. Die königliche Staatsregierung zu ersuchen:
- 1. noch im Jahre 1918 die Zahl der Gewerbeinspektions-Ämter erheblich zu vermehren;
- 2. im Bundesrat energisch dahin zu wirken, daß die auf Grund des Gesetzes vom 4. August 1914 außer Kraft getretenen Bestimmungen, betreffend den Schutz der gewerblichen Arbeiter und Arbeiterinnen, insbesondere der Ausgehenden und der Kinder alsbald wieder in Wirksamkeit treten.

Gen. Hue begründete den Antrag in eingehender Weise im Etat für 1918 seien wieder nur, wie in den Vorjahren die weibliche Gewerbeinspektoren vorzuziehen, obwohl sich die Zahl der gewerblichen Arbeiterinnen seit Kriegsbeginn auf rund 5 Millionen erhöht habe und damit höher sei als die Zahl von beschäftigten männlichen Personen. Das erfordert auch eine Vermehrung des weiblichen Inspektionspersonals, da dieses besser in der Lage sei als ihre männlichen Kollegen die spezifischen Schutzbedürfnisse der Arbeiterinnen zu beurteilen. Ein im Herbst 1917 erkranktes Rundschreiben des Reichsstatistikers enthalte mehrere Angaben über die Ausbeutung der Arbeiterinnen in der Rüstungsindustrie. Sehr lange Arbeitszeiten, regelmäßige 12stündige Nachtstunden und sogar 24stündige Arbeitszeiten seien üblich geworden. Die Volksgesundheit sei in schwer gefährdeter, unter Nachwuchs ungewöhnlich bedroht. Die Düsseldorf-Harbelsommer habe von der Einstellung von Frauen der besseren Stände in der Rüstungsindustrie berichtet, weil die Freiheit zu erwerbend sei und die Frauen vorzuziehen darum erwerbend zugekommen hätten! Die Sozialdemokratie fordere auch den Schutz der Frauen aus den üblichen Gründen. Darum sei jetzt die Wiedererrichtung der durch das Grundgesetz vom 4. August 1914 außer Kraft getretenen Arbeiterinspektionsbestimmungen, um der Krieg so lange dauere, dringend erforderlich. Die Aufhebung der Ausnahmebestimmungen brauche nicht sofort auf der ganzen Linie zu erfolgen, da dies unter Umständen zu schweren wirtschaftlichen Schäden der Arbeiterinnen führen könne. Aber man müsse alsbald mit dem Abbau der Ausnahmebestimmungen beginnen, man dürfe damit jedenfalls nicht warten bis zum Kriegsende.

Der Minister erklärte seine Sympathie mit der Forderung der weiblichen Inspektoren. Es seien aber eher eher bei vier etatsmäßigen Gewerbe-Inspektoren noch 4 distanzlich angestellt. Weitere etatsmäßige Inspektoren müßten erst mit dem Finanzminister vereinbart werden. Die Aufhebung der kriegswirtschaftlichen Ausnahmebestimmungen sei, so wie es der sozialdemokratische Antrag wolle, noch nicht angängig. Ein Erlaß des Ministers für Handel und Gewerbe, der die Ausnahmebestimmungen einschneide, sei Anfang 1918 erfolgt. Weiter könne man jetzt nicht gehen. Der Zentrum wurde nun beantragt, sich zwar für die Wiedererrichtung von etatsmäßigen weiblichen Inspektoren auszusprechen, aber aus dem sozialdemokratischen Antrag die Worte „im Jahre 1918“ zu streichen und statt „erheblich“ das Wort „erheblich“ zu setzen. Von freilich in jeder Sache wurde der sozialdemokratische Antrag als notwendig anerkannt; mit Rücksicht auf eine mögliche Durchführung möge statt „erheblich“ das Wort „erheblich“ gesetzt werden. Gen. Hue erklärte der ministerielle Erlaß andere an den bestehenden Inspektoren nicht zu tun wie nichts und müsse darum der sozialdemokratische Antrag aufrechterhalten werden. Bei der Abweisung wurde der sozialdemokratische Antrag angenommen.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die nationalliberale Rundschau für das gleiche Reich. Eine Anzahl führender Mitglieder der nationalliberalen Partei hat sich mit allgemeiner Rundschau an die zeitlich-nationalliberale Landtagsfraktion gewandt. Der Antrag, daß im Jahre 1918 eine Umgestaltung der parlamentarischen Verhältnisse eintreten soll, hat die Einigung der Reichstagsfraktion des Reiches erzielt. Es handelt es sich um ein Gesetz, das in absehbarer Zeit das Reichstag in Berlin über den Reichstag zu beschließen hat. Das Gesetz ist ein Entwurf, der die Reichstagsfraktion einer durchgehenden Beschäftigung der Reichstagsfraktion vorseht. Jeder die Zeit und Stelle und das Recht haben in der Partei die Meinungen gemeldet. Obwohl die Mitglieder der nationalliberalen Partei für das gleiche Gesetz sind, vereinbaren sie mit dem Reichstag die Reichstagsfraktion in den Reichstagsfraktionen unter der Führung der Reichstagsfraktion und geeigneten Maßnahmen unter der Führung der Reichstagsfraktion. Die Reichstagsfraktion der Reichstagsfraktion haben auch hier in manchen Kreisen der Partei einen heftigen Widerstand, insbesondere eine Abweisung des Gesetzes nach dem Reichstag. Aber das Gesetz ist ein Entwurf, der die Reichstagsfraktion einer durchgehenden Beschäftigung der Reichstagsfraktion vorseht. Jeder die Zeit und Stelle und das Recht haben in der Partei die Meinungen gemeldet. Obwohl die Mitglieder der nationalliberalen Partei für das gleiche Gesetz sind, vereinbaren sie mit dem Reichstag die Reichstagsfraktion in den Reichstagsfraktionen unter der Führung der Reichstagsfraktion und geeigneten Maßnahmen unter der Führung der Reichstagsfraktion. Die Reichstagsfraktion der Reichstagsfraktion haben auch hier in manchen Kreisen der Partei einen heftigen Widerstand, insbesondere eine Abweisung des Gesetzes nach dem Reichstag.

dem Bewußtsein der Gleichberechtigung in unserem staatlichen Leben zu erfüllen. Wir erwarten von diesem Schritt, der für manche ein Opfer bedeutet, daß er in den Reihen, denen die Vermehrung der politischen Rechte zugute kommt, die patriotische Opferwilligkeit facht, ohne die wir den von unserer Partei gewollten siegreichen Frieden nicht erröthen können.

Wir bitten daher unsere Abgeordneten im Preussischen Landtag jeder Verhinderung der Wahlreform entgegenzutreten und unter patriotischem Vorbehalt auf begründete Bedenken sich auf den Boden des von der Regierung vorgeschlagenen Grundgesetzes der Gleichheit zu stellen.

Die Kundgebung ist von Mitgliedern des Zentralvorstandes der nationalliberalen Partei, von Vorstandsmitgliedern nationalliberaler Wahlvereine und sonstigen Parteiführern unterzeichnet. Leider glauben wir nicht, daß diese beachtenswerte Kundgebung irgendwelchen Einfluß auf die Mehrheit der nationalliberalen Landtagsfraktion ausüben wird.

Mit Arbeitern wird nicht verhandelt.

Wir haben bereits kurz berichtet, daß die Abgeordneten Scheibemann und Haack versucht hatten, in Gemeinschaft mit zwei Vertretern der Berliner Streikenden eine Unterredung mit dem Staatssekretär des Innern herbeizuführen. Das scheiterte an der Weigerung des letzteren, über politische Forderungen mit Vertretern ausländischer Arbeiter zu verhandeln. Parlamentarier wollten er empfangen. Auch der Reichskanzler lehnte eine derartige Unterredung ab. Das wurde natürlich von der reaktionären Presse vom Schilde der „Lübischen Anzeiger“ bekräftigt. In der ganzen Welt finden es die Staatsmänner nicht unter ihrer Würde, mit den Vertrauensmännern der Arbeiterklasse die wichtigsten politischen Fragen zu beraten. Nicht etwa nur in demokratischen Ländern wie zum Beispiel in England, wo Lord George vor kurzem eine Kriensiedle in einer Besprechung der Gewerkschaftsvertrauensmänner empfangen, sondern selbst in dem ganz gewöhnlich letzten Österreicher es eine alte, schon seit Jahrzehnten ererbte Gepflogenheit, daß kämpfende Arbeiter ganz unmerklich durch ihre Vertrauensmänner mit der Regierung verhandeln. Schon im Jahre 1869 hat dort eine Deputation demokratischer Arbeiter der Regierung die Forderung nach dem Koalitionsrecht vorgelegt; im Jahre 1905 hat eine Deputation der Arbeiter, die die Arbeit niedergelegt hatten, mit der Regierung über das Reichsratswahlrecht verhandelt; vor wenigen Tagen erst haben vier österreichische Minister der Arbeiterrat gewählten Deputierten ihre Zustimmung auf die Forderungen der Arbeiter erlassen bekanntgegeben. In Berlin aber ist heute noch unvorstellbar, was in der ganzen übrigen Welt täglich geschieht und selbst in Oesterreich vor seit 1869 wiederholt geschehen ist! Wie kann man auch einem vorkriegs-deutschen Staatssekretär zumuten, daß er mit schlichten Arbeitern verhandeln solle, die nicht einmal Mitglieder des Reichstages sind!

Aus Nah und Fern.

Von der Dreijährigen gelöst. Der 60jährige Besitzer Bialad in Neu-Görlitz bei Helleberg in Pommern kam beim Getreideernten in die Polina, wobei ihm ein Arm ausgerissen wurde. Der Verunglückte ist keiner schweren Verletzung erlegen.

Der 2-Jährige bei Schleißheim hat nach einer Meldung aus München nunmehr das Opfer erlitten, den 67jährigen Kaufmann Hermann aus Garching im Wald.

Jealousy. Aus Brisbane wird gemeldet, daß ein Joffen und eine Hiltzelle den Hafen von Kaitia verheerten. 14 Leichen wurden bisher aufgefunden. Die Stadt ist zur noch für zehn Tage mit Lebensmitteln versehen. Die Eisenbahnen sind weggeräumt und die Telegraphenlinien zerstört. Die Regierung hat Hilfeleistung zugesagt. Alle Werften und die Zuckerraffinerie mit einem Gesamtvermögen im Werte von 1.600.000 Pfund Sterling sind vernichtet. Die Stadt ist vollständig überflutet. Drei Schiffe sind verloren gegangen, andere haben schwere Beschädigungen erlitten.

200 Personen verbrannt. Havas berichtet aus Petersburg: In Kozmo-Anzelski im Kreise Nefskomje fand bei der Abänderung von Brennmateriallagern ein Brand, bei dem 200 Personen umkamen.

Für unsere Feldfrauen.

Die Entlassung der Dienstpflichtigen.

Nach der Rückkehr besteht der Landsturm aus allen Wehrfähigen von vollendetem 17. bis zum vollendeten 45. Lebensjahr, welche weder dem Heere noch der Marine angehören. Es ist zu unterscheiden zwischen Wehrfähigen und Wehrpflichtigen. Wehrpflichtig ist jeder junge Mann vom 17. Lebensjahr ab; wehrfähig dagegen erst vom 1. Januar des Jahres ab, in dem er das 21. Lebensjahr vollendet. Im allgemeinen findet also eine Entlassung der jungen Leute erst mit dem vollendeten 20. Lebensjahr statt. Jetzt im Kriege ist auf die jüngeren Jahrgangsklassen Rücksicht zu nehmen und jeder Einzelne aus diesen jüngeren Jahrgangsklassen erfüllt seine aktive Dienstzeit und ist somit aus dem Landsturm entlassen. Das ist der Fall im Kriege, weil mit dem Moment der Befreiung des Landsturmes, die durch kaiserliche Beschlüsse zu verfahren ist, alle Landsturmspflichtigen zu entlassen sind. Die mittleren Jahrgänge des Landsturmes sind jedoch nicht entlassen, weil sie aus dem Landsturm bereits entlassen sind und daher demnach bis zur Erfüllung ihrer aktiven Dienstzeit im Heere sind.

Der Landsturm besteht, wie erwähnt, mit keiner Ausnahme aus allen Wehrfähigen. Inzwischen haben Mannschaften des Landsturmes nach der Verabschiedung, wenn es die militärischen Interessen erfordern, im Dienste zurückgehalten werden und werden zur Erfüllung der Kriegsdienstverpflichtung auf die Kriegsdienst, zur Fällung und Erhaltung von Truppen, zur Fällung von Offizierskandidaten, oder zur Befreiung der mit der Dienstverpflichtung zusammenhängenden geschäftlichen Arbeiten sowie zur Befreiung von anderen Diensten. In letzterem Falle kann die Befreiung mit Genehmigung des Generalinspektors bis zum 1. November dauern, darüber hinaus jedoch nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Generalinspektors. Bei der Befreiung der Landsturmspflichtigen müssen die wirtschaftlichen, dienstlichen und sonstigen Interessen berücksichtigt werden. Eine Entlassung des Landsturms behält den Charakter der Befreiung; doch ist die Zugehörigkeit zu den Jahrgangsklassen zu berücksichtigen.

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.)
Kaiserliche Regierung in der Reichshauptstadt.
Man sollte wünschen, daß in dieser schweren Kriegszeit auf die unentgeltliche Erziehungsarbeit der Kinder gerade in den Volksschulen durch den Lehrer wenigstens etwas Rücksicht genommen würde. In der 1. St. Jungen-Anstalt steht es über 10. als man die mütterliche Lebensmittelpflicht, die

doch gerade auf die Kinder der Volksschule drückend wirken, manchem Lehrer gar nicht bekannt zu sein scheint. So ist es dort wiederholt vorgekommen, daß ein Lehrer eine Anzahl Kinder wegen seiner Bergangen eine ganze Stunde nachhaken läßt. Besitzt man, daß die Kinder von mittags 11 Uhr der Schulweg mitgerechnet bis fünf Uhr Unterricht haben und dann noch eine Stunde nachhaken müssen, so daß sie erst abends 17 im Hause sein können, so müßte jeder einseitige Lehrer zugeben, daß die Zeit von sechs Stunden für ein Kind, ohne Nahrung zu sich nehmen zu können, eine viel zu lange Hungerpause ist. Kommt nun noch hinzu, daß nach fünf Uhr Gas gebrannt werden muß, so fragen wir dringend: Wozu das sein? Es ist da bald anzunehmen, daß dem Rektor dieser Schule derartige gar nicht bekannt zu sein scheint, denn als Pädagoge von Ruf würde er unseres Erachtens solche Maßnahmen nicht aufheben können. Hoffentlich erfüllt dieser Hinweis seinen Zweck, damit die Kinder zu rechter Zeit im Hause sind.
Ein Familienvater.

Streifenbahnung bei Trems.

Mit Bedauern hat man davon Kenntnis nehmen müssen, daß sich an der Tremscher Straße ein so folgenschweres Straßenbahnunfall ereignet hat. Wenn man aber in letzter Zeit beobachtet hat, mit welcher Eile in den Abendstunden die Wagen der Linie 12 zum Schlichthof abfahren, war es vorauszusetzen, daß bei einem Wagenzusammenstoß ein ärgeres Unheil kaum würde abgewendet werden können. Neben dem unglücklichen Fahrer mit der Führer des Wagens bei dem gegenwärtigen Wagnis der Fahrer ist unbedingt stark in seiner Tätigkeit behindert, und man sieht es immer und immer wieder, daß Fahrer die Wagnisse in ein Gefährlich stehen, wodurch naturgemäß keine Aufmerksamkeit abgelenkt wird. Es ist daher im Interesse des Publikums dringend geraten, daß die Straßenbahnleitung den Wagnisse in jeder Unterredung mit den Fahrern strengstens verbietet, und daß die Fahrer die nötige Aufmerksamkeit anwenden. In der diesjährigen Straßenbahnung, welches bei geordnetem Verkehr in solchen Umfange nicht hätte erreichen können, auch indirekt eine Folge des Verkehrs der Arbeiterzentrale hin, deren Stellung in der Öffentlichkeit von den Herren Dr. Wach und Dr. von Rosen nach in Schutz genommen worden ist, während man vom früheren Standpunkt aus im Interesse des öffentlichen Verkehrs natürlich das Gegenteil hätte erwarten sollen. Die kaiserliche die Maßnahmen der Straßenbahn offen in einem Monat um etwa 50.000 Mark geringer gemacht sind, und man muß sich wundern, daß seitens der Bürgerchaft 1. St. kein Widerspruch erfolgt ist.
S.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stellung
Verleger: Th. Schwarz, Druck: Friedrich Henner & Co.
Erschienen in Paderborn.

Um die Bevölkerung Lübecks!

Es mag ein Jahr ist veranlassen, seitdem die Vorschriften über die Bewirtschaftung der getragenen Bekleidung in Kraft getreten sind und seitdem auch hier in Lübeck eine Stelle für die Annahme getragener Kleidungsstücke und Bekleidungsstücke eingerichtet worden ist. Wenn auch in dem verflochtenen Jahre nicht Kleidungsstücke und Bekleidungsstücke an die amtliche Stelle abgeliefert worden sind, so genügt der ansehnliche Vorrat bei weitem nicht, um den Zweck der Einrichtung auch nur einigermaßen erfüllen zu können.

Die Einrichtung ist notwendig geworden, um der minderbemittelten Bevölkerung die Möglichkeit zu geben, noch brauchbare Kleidungsstücke zu einem angemessenen Preise zu erwerben, außerdem ist die Verfassung getroffen worden, daß ein Drittel der vorhandenen Bestände zu verkaufen werden muß zur Befreiung der aus dem Felde heimkehrenden Krieger welche nicht die Mittel besitzen, um sich die notwendigen Kleidungsstücke im freien Handel erwerben zu können. Es handelt sich demnach hier um eine Einrichtung von außerordentlicher Wichtigkeit und besonders die Notwendigkeit der Befreiung unserer heimkehrenden Krieger mit Kleidungsstücken sollte jeder der da u. in der Lage ist, zu unterstützen, nach seinen Kräften dazu beitragen, daß diese wichtige Aufgabe erfüllt werden kann.

Die Bekleidungsstelle ist eine rein behördliche Einrichtung. Sie soll keinerlei Verdienst erzielen, sondern lediglich die eigenen Kosten, die durch die Herstellung der Bekleidungsstücke entstehen, decken. Die Ablieferung an die Bekleidungsstelle kann entgeltlich oder unentgeltlich geschehen. Bei unentgeltlicher Ablieferung wird dem Abgeber auf Wunsch eine Ehrenurkunde nach der Vorschrift der Reichsbekleidungsstelle ausgestellt.

Die Bekleidungsstelle nimmt sämtliche Bekleidungsstücke und sämtliches Schuhwerk ohne Rücksicht auf die Brauchbarkeit an entgegen. Aus vielen Gründen, die anscheinend sämtlich unbrauchbar sind, kann vielfach noch brauchbares Material zur Wiederherstellung anderer Stücke gewonnen werden.

Von vielen Seiten ist früher Klage darüber geführt worden, daß die für die getragenen Kleidung nicht gezahlten Preise zu geringe seien, es wird daher darauf aufmerksam gemacht, daß diese Preise in Lübeck von der Reichsbekleidungsstelle nicht unweitentlich erhöht worden sind.

An die Bevölkerung Lübecks ergäbe daher die dringende Aufforderung, ihre Bestände aus alten Kleidungs- und Bekleidungs- und ihrem Schuhwerk einer Durchsicht zu unterwerfen, um sich nicht Stücke darunter befinden die der Bekleidungsstelle entgegen zu bringen oder unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden können. Um jeder kann hierdurch zu beitragen, die oben erwähnte wichtige Aufgabe der Bekleidungsstelle erfüllen zu können.

Die Bekleidungsstelle befindet sich hier: Webersstraße Nr. 1, Fernsprecher Nr. 1820. Sie ist geöffnet von 9 bis 11 Uhr vormittags und von 3 bis 6 Uhr nachmittags. Wer die Sachen nicht selbst bringen will, kann die Stelle durch eine Postkarte oder durch Fernschreiben benachrichtigen die Sachen werden alsdann durch einen mit Ausweis versehenen Beamten abgeholt werden.

Der Verkauf getragener Kleidungs- und Bekleidungsstücke und getragener Schuhwaren an andere Stellen als an die amtliche Annahmestelle oder an Privatpersonen ist verboten und wird mit Geldstrafe bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1500 Mark bestraft.
Demnach werden durch Mitglieder der hiesigen Jugendwehr und durch Pfandbesitzer beauftragte in den hiesigen Haushaltungen Anmeldeettel verteilt und noch etwa einer Woche in jeder Angelegenheit werden. Durch die Verteilung dieser Anmeldeettel soll allen Bekleidungs- und Bekleidungs- und Schuhwerk zur Abholung durch die Bekleidungsstelle anzuweisen. Die Sachen werden dann durch besonders beauftragte sie mit einem Ausweis des Vol. eintreten werden sind abgeholt. Es wird dringend abeten, Sachen nur an solche Personen abzugeben, die einen politischen Ausweis besitzen.
Lübeck, im Januar 1918.

Das Polizeiamt.

Eine Richtungsbestimmung Nr. W. II. 270/12 17 K. R. A. zu der Bekanntmachung Nr. W. II. 2700/2. 17. K. R. A. vom 1. April 1917, betreffend
Beihilfegabe bzw. wolleener Spinnstoffe und Garne
(Erlaubnis und Verbot) vom 1. Februar 1918 wird heute durch die amtlichen Regierungsbüro, durch die Polizeibehörden sowie durch öffentlichen Ankläger und Anwalt veröffentlicht.
Der Wortlaut der Bekanntmachung ist bei den Landratsämtern, Bürgermeistereien und Polizeibehörden einzusehen.
Altona, den 1. Februar 1918.
Stellv. Generalkommandant IX. Henschel.